

Liebe Freiburger Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 30.04. beschlossen meine Frau und ich, mit unseren Töchtern noch das Familienfest auf dem Freiburger Schlossplatz zu besuchen. Auf dem Platz hatten sich zum Abend mehrere hundert Menschen versammelt. Einige (überwiegend männliche) Teilnehmer hatten sich offenbar entschlossen, als Abendgarderobe die üblichen Kleidungsstücke aufzutragen, die unverkennbar „szenetypisch“ dem rechten Spektrum zuzuordnen sind. Derlei individuelles Gebaren ist man ja inzwischen gewohnt. Auf dem Gelände fiel jedoch besonders eine Gruppe von rund 10 jungen Männern in einheitlicher Szenekleidung auf, die sich erkennbar Mühe gaben, den Raum um sich herum einzunehmen. Darunter war [Lucas Seifert](#), eine feste Größe in der Dresdner Neonazi-Szene und Mitglied der ["Elblandrevolte"](#). Er und seine Freunde, zum Teil Mitglieder der „Sächsischen Separatisten“, gelten als rechtsextrem und gewaltbereit, werden daher vom Verfassungsschutz beobachtet. Der Zweck des Besuches in Freiberg dürfte wohl in der Vernetzung mit lokalen Nazigruppierungen gelegen haben. Freiberg ist längst zu einem wichtigen Knotenpunkt der rechten Szene in der Achse Dresden-Chemnitz geworden. Lucas Seifert ist aufgrund seiner auffälligen Gesichtstätowierungen leicht identifizierbar, er trug an diesem Abend zudem ein T-Shirt mit dem Aufdruck "NS-Fightclub Germania". Selbst, wenn man keinerlei Kenntnis von der sächsischen Neonaziszene hat, ist seine Gesinnung leicht erkennbar, er und sein Umfeld tragen sie offen zur Schau.

Es entsetzt uns, dass die Gruppe trotz Polizeipräsenz offenbar kein Problem hatte, auf den Platz eines Familienfestes zu gelangen und dort Dauerpräsenz zu zeigen. Für eine solche (und auch jede andere) Veranstaltung ist das Auftreten speziell dieser Gruppe, aber auch mehrerer anderer Besucher an diesem Abend völlig unangemessen.

Wir brauchen endlich Individuen und Institutionen, die mit klarer Haltung dem wiederaufkommenden faschistoiden Zeitgeist entgegentreten. Wir erwarten konkret, dass die Stadt Freiberg, ihre Unterstützer aus der Wirtschaft und der Landkreis Mittelsachsen (nicht nur) bei ihren öffentlichen Veranstaltungen eine klare Nulltoleranzpolitik beim Zurschaustellen von NS-Propaganda und rechtsextremer Symbolik durchsetzen. Dies muss durch deutliche Ansagen im Vorfeld und durch Kontrollen vor Ort passieren. Es müssen bei Zuwiderhandlungen Platzverweise erteilt werden. Eine solche Konsequenz beweist kein Desinteresse am Bürger, sondern schlichtweg Haltung gegenüber denen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, die bestehende staatliche Ordnung entweder verächtlich zu machen oder ganz abzuschaffen.

Wir glauben, dass die Stadt Freiberg, der Landkreis Mittelsachsen, der Freistaat und auch das Land vor der großen Herausforderung stehen, die in Teilen bereits erfolgte Normalisierung extremer Positionen wieder aus den Debatten zurückzudrängen und sicherzustellen, dass es auch noch ein 80-jähriges Jubiläum des Grundgesetzes geben kann. Dazu bedarf es klarer und kompromissloser Bekenntnisse zu dessen Werten, insbesondere durch Vertreter der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, der politischen Institutionen und Amtsträger. Diese Gruppen müssen eindeutig **für** den Staat Partei ergreifen. Es darf keinen Zweifel daran geben, dass sie sich nicht vollumfänglich für den Wertekanon des Grundgesetzes einsetzen. Wir stehen als Gesellschaft vor einer bedrohlichen Situation, in der relevante Gruppen kurz davor sind, eine Machtoption zugesprochen zu bekommen, die sie in die Lage versetzt, die bestehende staatliche Werteordnung abzuschaffen. Untergraben wird sie ohnehin schon längst. Beständig denen die Hand zu reichen, die gesichert rechtsextreme Positionen auch im öffentlichen Raum vertreten, ist nichts Anderes als willfähriges Unterstützungsverhalten, das unbedingt offen thematisiert und konsequent beendet werden muss.

Juliane und Christian P.
Freiberg, Mai 2025